

/// Eine institutionelle Nabelschau

## NACH LISSABON – DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT ZEIGT ZÄHNE

**MARKUS FERBER** /// Keine Europawahl wurde in Deutschland so intensiv in der Öffentlichkeit begleitet wie die Wahl zum Europäischen Parlament 2014. Das Europäische Parlament ist heute mehr als ein Beiwerk im Institutionengefüge der EU. Deshalb lohnt sich ein genauer Blick auf den europäischen Politikbetrieb mit besonderem Fokus auf das Parlament, seine Rolle im politischen System der EU heute und seine Bedeutung für die Legitimation und den demokratischen Prozess auf europäischer Ebene.

Das Europäische Parlament (EP) ist zu einem mächtigen Akteur im Verhandlungssystem der EU geworden. So konnte es in den letzten Jahrzehnten an Kompetenzen und praktischer Erfahrung hinzugewinnen. Auch sein Selbstverständnis hat sich damit gewandelt. Je nach Politikbereich ist es den Parlamentariern möglich, jeweils ganz unterschiedliche Rollen einzunehmen und Einflussmöglichkeiten auszuloten. Vor allem seit dem Vertrag von Lissabon sind die Mitgestaltungskompetenzen des EP deutlich gewachsen. So ist das EP Co-Gesetzgeber in allen Bereichen, in denen das ordentliche Gesetzgebungsverfahren gilt. Dieses wurde mit dem Vertrag von Lissabon auf weitere Politikbereiche ausgeweitet und stellt nun den Normalfall der europäischen Rechtsetzung dar. Hier verhandeln der Ministerrat und das EP den Initiativvorschlag der Europäischen Kommission und stimmen in der Mehrheit der Fälle in

nur einer Lesung mit qualifizierter Mehrheit (Rat) bzw. einfacher Mehrheit (EP) ab. Das Verfahren galt nach dem Vertrag von Maastricht noch für relativ wenige Bereiche, etwa den Verbraucherschutz. Mittlerweile umfasst es auch sensiblere Politikbereiche wie Justiz und Inneres, Handel, die kostenintensiven Kohäsions- und Agrarpolitiken und Aspekte der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). So hat das Parlament beim EU-Haushalt gemeinsam mit dem Ministerrat das letzte Wort.

Das Europäische Parlament ist ein **MÄCHTIGER** Akteur im Verhandlungssystem der EU.

Besonders deutlich wurde dieser Machtanspruch im letzten Jahr bei den Verhandlungen über den Haushaltsentwurf



TTIP treibt die Menschen auf die Straßen:  
Das Europäische Parlament nimmt die Sorgen  
der Bürger ernst und hat sich eindeutig gegen  
private Schiedsgerichte ausgesprochen.

für das Jahr 2015. Beim EU-Haushalt handelt es sich um die Planung der Einnahmen und Ausgaben der EU, beschlossen wird der Haushalt jährlich auf Vorschlag der Kommission von dem EP und den Mitgliedstaaten. Einnahmen des EU-Haushaltes sind Zölle, ein festgelegter Anteil der Mehrwertsteuer der Mitgliedstaaten und ein prozentualer Anteil des Bruttonationaleinkommens (BNE).<sup>1</sup> 2014 wollten die EU-Mitgliedstaaten die Ausgaben dort kürzen, wo nach Meinung des EP Investitionen dringend gebraucht werden. Wir als Parlamentarier wollten nicht unbedingt mehr ausgeben, sondern gezielter und nachhaltiger. Wichtig war es uns, in der Debatte deutlich zu machen, dass die Mitgliedstaaten nicht immer mehr finanzielle Hilfe aus Brüssel fordern können, aber auf der anderen Seite den Haushalt an diesen Stellen kürzen wollen. Es ging also nicht um „mehr Geld für Brüssel“, sondern um mehr Geld für gezielte Investitionen, die den Mitgliedstaaten vor Ort zugute kommen: zum Beispiel im Bereich der Wirtschaftsförderung, die wichtige Impulse im Kampf gegen die lahrende Konjunktur in Europa bedeuten. Nach langen und zähen Verhandlungen, in denen das EP wirklich Zähne und seine konfrontative Seite gezeigt hat, kam es letztlich zu einer Ei-

nigung. Für 2015 wurden Ausgaben von insgesamt 141,2 Milliarden Euro vereinbart.<sup>2</sup>

Auch die Zusammenarbeit des Parlaments mit anderen Organen hat sich verändert und die Abgeordneten haben nun mehr Einfluss auf die Entscheidungen über die Führungspositionen der EU. All diese Reformen haben sichergestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stimme bei der Wahl zum Europäischen Parlament einen noch größeren Einfluss auf die Gestaltung der Zukunft der EU nehmen.<sup>3</sup>

### Wahl und Kontrolle der Kommission

Die Wahl und die verstärkte Kontrolle der Kommission ist ein Beispiel des Machtzuwachses: Seit 1979 als einziges direkt gewähltes Organ der EU stellte sich das EP 2014 bereits zum achten Mal dem Votum der mittlerweile etwa 400 Millionen Wahlberechtigten aus 28 EU-Mitgliedstaaten. Das Wahljahr 2014 geht auf Grund unterschiedlicher Faktoren in die Geschichte ein: Zum ersten Mal in der Geschichte der EU hat das EP den Präsidenten der Europäischen Kommission, vorgeschlagen vom Europäischen Rat, gewählt, so wie es der Lissabon-Vertrag von 2009 vorschreibt. Gemäß Art. 17(7) EUV schlägt der Europäische Rat mit qualifizierter Mehrheit nach entsprechenden Konsultationen mit dem EP einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Aber das EP war es, das letztlich das Spitzenkandidatenprinzip durchgesetzt hat und so die Kommission enger an sich binden konnte als je zuvor. Fast alle europäischen Parteien zogen daher mit Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten

**Das Europäische Parlament hat durch die direkte Wahl seiner Abgeordneten und durch seine Kontrollfunktion der Europäischen Kommission an **MACHT** gewonnen.**

in den Wahlkampf.<sup>4</sup> Hinter der Spitzenkandidatenfrage stand auch der politische Machtkampf zwischen Parlament und nationalen Regierungen über die Kontrolle der Europäischen Kommission und das zukünftige institutionelle Kräfteverhältnis. Jean-Claude Juncker ist der erste Kommissionspräsident, der dreifach legitimiert wurde: durch die Bürgerinnen und Bürger in der Europawahl, bei der er als Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei antrat, durch die Staats- und Regierungschefs, die ihn als Kommissionspräsidenten nominierten haben und durch das EP, das seine Kommission durch eine Parlamentsmehrheit bestätigt hat.

### Das Europäische Parlament hat bereits ein Handels- und ein Banken-transferabkommen **ABGELEHNT**.

Die designierten Kommissare werden vor der entscheidenden Wahl im Plenum einer eingehenden Prüfung unterzogen. Alle Kandidaten müssen sich einer Anhörung im jeweiligen Fachausschuss stellen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker stieß mit einer Kandidatin für sein Team auf erbitterten Widerstand im EU-Parlament. Die slowenische Kandidatin Alenka Bratusek fiel bei der Anhörung für das Amt der Vizepräsidentin und als Verantwortliche für die Energie-Union durch.<sup>5</sup> Daraufhin zog sie ihre Kandidatur zurück. Dieser Fall zeigt: Obwohl die Europaabgeordneten im Plenum nur über die gesamte Kommission abstimmen können, müssen Bedenken des Parlaments bei einzelnen Kandidaten ebenfalls ernstgenommen werden. So kann das EP auch die Zusammensetzung der Kommission

indirekt mitbeeinflussen. Wenn die neue Kommission im Amt ist, verfügt das Parlament auch über das Recht, der Kommission sein Misstrauen auszusprechen und damit deren Rücktritt zu erzwingen. Die Parlamentarier haben also die Macht, die Kommission ins Amt zu bringen und sie im Extremfall wieder abzusetzen.

### **ACTA, SWIFT und TTIP**

Internationale Abkommen der EU treten nur mit Zustimmung des EP in Kraft. In der letzten Legislaturperiode hat das Parlament zum ersten Mal von seinem im Lissabon-Vertrag verankerten Recht Gebrauch gemacht und ein internationales Handelsabkommen abgelehnt – das Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA).<sup>6</sup> Damit konnte es in der EU nicht rechtskräftig werden. Beim ACTA-Abkommen handelte es sich um ein multilaterales Abkommen auf völkerrechtlicher Ebene mit dem Ziel, die Schutzrechte geistigen Eigentums zu wahren. Viele Bürgerinnen und Bürger haben die Beschneidung ihrer Grundrechte im Internet durch das Abkommen befürchtet. Obwohl eine urheberrechtliche internationale Vereinbarung wünschenswert gewesen wäre, war das Votum des EP gegen das Abkommen angesichts der zahlreichen offenen Fragen richtig. Hier hat sich deutlich gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Debatten und Protest durch das EP aufgegriffen werden und damit Öffentlichkeit durch das Parlament entsteht.

Auch das zähe Ringen um das SWIFT-Abkommen (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) mit den USA zeigt die durchaus selbstbewusste Seite des EP.<sup>7</sup> 2010

hat es dem Interimsabkommen zur Übertragung von EU-Bankdaten an die USA über den Finanzdienstleister SWIFT seine Zustimmung aufgrund von Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes und der Verhältnismäßigkeit verweigert. Diese Ablehnung erklärte den von EU-Ministerrat und USA unterzeichneten Text für ungültig. Das Parlament forderte daraufhin die Kommission und den Rat auf, die Ausarbeitung eines langfristigen Abkommens mit den USA einzuleiten. Die Abgeordneten haben darauf gepocht, dass jedes neue Abkommen den Anforderungen des Lissabon-Vertrags und der EU-Charta der Grundrechte entsprechen muss.<sup>8</sup> Indem das Parlament das SWIFT-Abkommen zu Fall gebracht hat, hat es deutlich gemacht, dass es notfalls auch vollständig auf die Bremse tritt, wenn es von Kommission oder Ministerrat übergangen wird.

**Auch über das transatlantische  
FREIHANDELSABKOMMEN mit den USA (TTIP)  
wird das Europäische Parlament nach dem  
Ende der Verhandlungen abstimmen.**

Dies soll sich beim nächsten großen Projekt, dem in der Öffentlichkeit heftig diskutierten transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), nicht wiederholen. Denn ohne die Zustimmung des EP tritt auch kein Freihandelsabkommen in Kraft. Am 8. Juli 2015 verabschiedete das Parlament eine Entschließung mit Empfehlungen und Forderungen an die Verhandlungsführer.<sup>9</sup> Es nimmt darin zu allen Bereichen des Abkommens Stellung. Für den höchstumstrittenen Bereich des Investitionsschutzes stimmte

das EP mit deutlicher Mehrheit gegen private Schiedsgerichte (ISDS) in EU-Handelsverträgen. Die Positionierung des EP sendet zwei deutliche Signale an die Verhandlungsführer: einerseits, dass das EP die TTIP-Verhandlungen befürwortet und mehrheitlich konstruktiv unterstützt. Andererseits haben wir damit unsere roten Linien festgelegt, die in den Verhandlungen beachtet werden müssen. Damit kontrollieren und begleiten wir die laufenden Verhandlungen konstruktiv kritisch.

**Verbraucherschutz: Das EP als  
Anwalt der Bürger**

Das EP versteht sich als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger und setzte bereits viele Rechte für Europas Verbraucher, mitunter auch gegen den Widerstand der Mitgliedstaaten, durch. In der Rückschau war aus Verbrauchersicht die letzte Legislaturperiode eine besonders wichtige. Die Bilanz des Parlaments kann sich auf jeden Fall sehen lassen. Das EP hat wesentlich zum europäischen Verbraucherschutz beigetragen und auch ganz konkret bessere Standards und bessere Rechte geschaffen. Beispiele dafür gibt es viele: Die EU hat die Kosten für Roaming seit 2007 kontinuierlich gesenkt. Das EP hat sich immer wieder für die komplette Abschaffung der Roaming-Gebühren eingesetzt. Nun soll dieses Vorhaben Wirklichkeit werden. Das Ende der Roaming-Gebühren ab 2017 ist der Erfolg des EP. Wir haben es geschafft, die Abschaffung der Roaming-Gebühren gegen den Widerstand des Ministerrats durchzusetzen.<sup>10</sup> Auch die Verhandlungen über die Verbraucherschutz-Richtlinie sind an dieser Stelle erwähnenswert. Hier ging es vor allem um die Stärkung der Verbraucherrechte beim

## Die **VERBRAUCHERSCHUTZINTERESSEN** sind dem Europäischen Parlament besonders wichtig.

Einkauf im Internet. So wurden zum Beispiel zum Schutz vor den sogenannten Internetkosten-Fallen auf Druck des Parlaments Maßnahmen festgeschrieben. Insgesamt schafft die neue EU-Richtlinie mehr Rechte und Sicherheit besonders beim grenzüberschreitenden Einkauf im Internet.<sup>11</sup>

### **Das Parlament initiiert und gestaltet politische Debatten**

Mit Diskussionen wie etwa zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA oder dem Auftritt von Alexis Tsipras im Plenum in Straßburg schafft das EP Transparenz, stellt Öffentlichkeit her, initiiert und gestaltet politische Debatten. Ohne die Bürde, aus seiner Mitte eine Regierung wählen und stützen zu müssen, kann das EP grundsätzlich mutiger und unabhängiger agieren als nationale Parlamente, denn die Kommission ist in ihrer Amtsführung und ihrem Bestand nicht dauerhaft auf die Unterstützung der sie stellenden Parlamentsmehrheit angewiesen. An die Stelle eines festen Dualismus zwischen Regierungsmehrheit und Opposition treten im EP je nach Abstimmungsthema unterschiedliche Koalitionen, über Fraktions- und Landesgrenzen hinweg.

Zu jedem Thema, das dem EP wichtig erscheint, kann es auch sogenannte „Initiativberichte“ erarbeiten und Ent-

schließungen annehmen, um Diskussionen in Europa anzustoßen und Themen auf die politische Agenda zu heben. Dieses Instrument hat das EP z.B. beim Thema Urheberrechte genutzt und damit die Kommission aufgefordert, die Richtlinie von 2001 zu reformieren und das Urheberrecht an die digitalen Entwicklungen der letzten Jahre und damit an die heutigen Gegebenheiten und Herausforderungen anzupassen. Die EU-Kommission wird in den nächsten Monaten einen Legislativvorschlag erarbeiten, welcher dann den regulären europäischen Gesetzgebungsprozess durchläuft. Mit dem Initiativbericht hat das EP den Anstoß gegeben.<sup>12</sup> Öffentliche Anhörungen mit Fachleuten zu aktuellen Themen oder Gesetzesinitiativen sind weitere Instrumente, um die politische Debatte zu beeinflussen.

Das EP ist auch ein wesentlicher Treiber in der politischen Debatte beim Thema Steuerehrlichkeit und der Frage nach Steuerfairness. Nach der Affäre um massive Vergünstigungen für Großkonzerne in EU-Mitgliedstaaten („Luxleaks“) setzte das EP einen Sonderausschuss zur Untersuchung von Steuer-

### Mit sog. **INITIATIVBERICHTEN** kann das Europäische Parlament Diskussionen anstoßen und Themen auf die politische Agenda setzen.

vorbescheiden und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (TAXE) ein. Dieser Ausschuss beschäftigt sich mit der Bekämpfung der aggressiven Steuerplanung und das EP erhöht damit den Druck auf Unternehmen und die europäischen Regierun-

**In Bezug auf die WIRTSCHAFTS-POLITIK fehlen dem Europäischen Parlament weiterhin Mitsprachekompetenzen.**

gen. Das Ziel ist es, durch mehr Transparenz fairen Steuerwettbewerb und mehr Steuerehrlichkeit in Europa zu schaffen. In diesem Zusammenhang wurde sogar der amtierende EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu einer Anhörung geladen. Der Druck zeigte bereits nach wenigen Monaten Wirkung. Die Kommission hat ihre Bemühungen gegen die Steuerflucht von Konzernen verstärkt und einen „Aktionsplan für eine faireres System der Konzernbesteuerung in der EU“ vorgestellt.<sup>13</sup>

**Gesetzgebung in Zeiten der Wirtschaftskrise und Finanzkrise**

Die Legislaturperiode 2009-2014 war geprägt von einem zentralen Thema – dem Kampf gegen die Schulden-, Finanz- und Wirtschaftskrise. In dieser Zeit wurden die Strukturen zum Krisenmanagement der Schuldenproblematik in der Eurozone größtenteils außerhalb der Verträge geschaffen. So fehlen dem EP in Bereichen, die für die Wirtschaftspolitik von Bedeutung sind, weiterhin Mitsprachekompetenzen. Das Parlament kann den Europäischen Rat, in dem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten die zentralen Weichen für das Eurozonenkrisenmanagement gestellt haben, anders als die Kommission nicht kontrol-

lieren. Die Errichtung der Rettungsschirme, der Fiskalpakt, die Hilfskredite für Krisenstaaten und die Garantien für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) fanden alle auf intergouvernementaler Ebene und damit außerhalb des Wirkungsbereichs des Parlaments statt. Zwar war das EP bei den frühen Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise nicht unmittelbar beteiligt, aber eine Reihe von Maßnahmen mit dem Ziel, einen sicheren und soliden Finanzsektor im Binnenmarkt zu schaffen, konnte es aktiv mitgestalten: so die Errichtung der Bankenunion in der letzten Legislaturperiode, einem der ambitioniertesten politischen Projekte im Rahmen der Bewältigung der Finanz- und Staatsschuldenkrise.

Die Schwächen des alten Stabilitätspaktes gelten als Hauptursache der europäischen Schuldenkrise. Bei der Reformierung hat das EP an entscheidenden Stellen zur Verschärfung der Regeln beigetragen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde zur gleichen Zeit wie die einheitliche Währung eingeführt, um solide öffentliche Finanzen zu gewährleisten. Da er jedoch vor der Krise nicht konsequent genug durchgesetzt wurde, konnte die Entstehung schwerwiegender fiskalischer Ungleichgewichte in einigen Mitgliedstaaten nicht verhindert werden. In der Vergangenheit konnten die EU-Finanzminister Sanktionen gegen Euro-Länder, die gegen die Stabilitätskriterien verstießen, aus politischen Gründen abwenden. So wurden 2003 auch Sanktionen gegen Deutschland und Frankreich verhindert. Mit der Reform sollen die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Kriterien effektiver erzwungen werden und Sanktionen bei Verstößen früher greifen. Das

EP hat in den Verhandlungen um strenge Regeln gerungen und in einem langen Machtkampf mit den Mitgliedstaaten war es darin letztendlich erfolgreich. Mit den neuen Regeln sind jetzt Sanktionen bereits in einem früheren Verfahrensstadium möglich. Die Sanktionsverhängung erfolgt quasi-automatisch: Der Finanzministerrat kann eine Sanktionsempfehlung der Kommission nur mit qualifizierter Mehrheit stoppen, andernfalls gelten sie als angenommen. Diese „quasi-automatische“ Sanktionierung ist der Erfolg des EP und soll bewirken, dass die Regeln des Pakts nicht mehr so leicht auszuhebeln sind.<sup>14</sup>

### **Trend im Krisenmodus: Trilogverfahren**

Das EP gestaltet die Gesetzgebung der EU nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren mit. Dieses Verfahren kann erheblich abgekürzt werden, indem die Kompromissfindung bei der ersten oder vor der zweiten Lesung eines Gesetzesvorschlags mittels informeller Trilogverhandlungen vor der jeweiligen Lesung vorbereitet wird.<sup>15</sup> Das Ziel ist es, schneller zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen.

### **Mit Hilfe des TRILOGVERFAHRENS können Entscheidungen schneller getroffen werden.**

Dieser Trend konnte vor allem in der letzten Legislaturperiode beobachtet werden. Eine frühzeitige Einigung durch das so genannte Trilogverfahren wurde in 80 % der Gesetzgebungsverfahren erreicht und Gesetze konnten so bereits in der ersten Lesung verabschiedet werden. Die Verhandlungen zwi-

schen EP, Ministerrat und Kommission wurden dabei immer öfter in ein kleines, informelles Format verlagert. Während der Trilogsitzungen besprechen sie Änderungsvorschläge des Parlaments sowie des Rates und ringen um Kompromisse. Mittlerweile sind die Trilogie ein bewährtes und flexibles Instrument zur Kompromissfindung zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission. Dieses konsensorientierte System ist effizient und in Krisenzeiten sicherlich ein effektives Instrument, um wichtige Gesetzgebungsprojekte schneller zu verabschieden, wobei die Transparenz der Gesetzgebung dabei auf der Strecke bleibt.<sup>16</sup> Dazu hat die Europäische Ombudsfrau, Emily O'Reilly, eine Untersuchung zur Transparenz von „Triloggen“ eröffnet, die das Ziel hat, die EU-Gesetzgebung insgesamt transparenter zu machen.<sup>17</sup>

### **Fazit**

Die Macht und das Selbstbewusstsein des EP haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Es ist nun Mitentscheider in weiten Teilen der europäischen Politik und seine neuen Gestaltungsspielräume hat es in den letzten Jahren immer wieder erfolgreich genutzt, um die Interessen der Bürger gegenüber mitgliedstaatlichen Interessen im Ministerrat durchzusetzen. Die vorangegangenen Beispiele – die Ausgestaltung der Bankenunion, die Debatte über TTIP oder beim Verbraucherschutz – zeigen deutlich, dass die Europaabgeordneten mit harten Bandagen in die Verhandlungen mit Kommission und Ministerrat gehen. Mit der Ablehnung des SWIFT-Abkommens hat sich das EP profiliert und gezeigt, dass es bereit ist, im Notfall bis zum Äußersten zu gehen und Gesetzgebungsprozesse zu blockie-



ren oder Abkommen wie ACTA zu Fall zu bringen. Ohne die Bürde, eine Regierung stützen zu müssen, kann das EP grundsätzlich mutiger und unabhängiger agieren als nationale Parlamente.

Schließlich gibt es aber auch Bereiche in der europäischen Politik jenseits des Einflusses des EP. Weiterhin begrenzten Einfluss hat das EP in der Verteidigungspolitik oder wenn die Mitgliedstaaten auf zwischenstaatliche Lösungen außerhalb des EU-Rechtsrahmens ausweichen wie in der frühen Phase zur Bewältigung der Finanzkrise oder bei der aktuellen Diskussion über die Finanztransaktionssteuer. Doch ein Erstarren des Intergouvernementalismus in Krisenphasen ist in der Geschichte der europäischen Integration keine neue Erscheinung. Die Dominanz und Präsenz der Staats- und Regierungschefs kamen ganz besonders immer dann zum Tragen, wenn es darum ging, in Krisensituationen zügig effektive Entscheidungen zu treffen. Angesichts zunehmender Politikverdrossenheit und dem Vorwurf des Demokratiedefizits werden wir aber darüber diskutieren müssen, wie die demokratische Legitimation der EU verbessert werden kann. ///



### /// MARKUS FERBER MDEP

ist Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM Europe) und erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament, Brüssel.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42977/europaeischer-haushalt>, Stand: 1.4.2014.
- <sup>2</sup> <http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20141027STO76315/html/Parlament-verabschiedet-EU-Haushalt-f%C3%BCr-2015>, Stand: 18.12.2014.
- <sup>3</sup> <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/20150201PVL00004/Legislativbefugnis>, Stand: o.A.
- <sup>4</sup> Europäische Volkspartei (EVP) mit Jean-Claude Juncker; Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) mit Guy Verhofstadt; Europäische freie Allianz (EFA) mit José Bové und Ska Keller; Europäische Linke (EL) mit Alexis Tsipras; Europäische Piratenpartei (PPEU) mit Amelia Andersdott und Peter Sunde; Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) mit Martin Schulz.
- <sup>5</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/eu-parlament-kommissionskandidatin-bratusek-faellt-durch-13197423.html>, Stand: 8.10.2014.
- <sup>6</sup> <http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/201207031PR48247/html/Europ%C3%A4isches-Parlament-lehnt-ACTA-ab>, Stand: 4.7.2012.
- <sup>7</sup> <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20100209IPR68674+0+DOC+XML+V0//DE>, Stand: 10.2.2010.
- <sup>8</sup> <http://de.euronews.com/2010/02/11/swift-abkommen-von-eu-parlament-gekippt/>, Stand: 11.2.2010
- <sup>9</sup> <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONGML+REPORT+A8-2015-0175+0+DOC+PDF+V0//DE>, Stand: 1.6.2015.
- <sup>10</sup> <http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20150714STO81613/html/Ende-der-Roaming-Geb%C3%BChren-kommt-2017>, Stand: 15.7.2015.
- <sup>11</sup> <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:304:0064:0088:DE:PDF>, Stand: 25.10.2011.
- <sup>12</sup> <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONGML+TA+P8-TA-2015-0273+0+DOC+PDF+V0//DE>, Stand: 9.7.2015.
- <sup>13</sup> [http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation/company\\_tax/fairer\\_corporate\\_taxation/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/company_tax/fairer_corporate_taxation/index_en.htm), Stand: 17.6.2015.
- <sup>14</sup> [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-11-898\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-898_de.htm), Stand: 12.12.2011.
- <sup>15</sup> Unter einem Trilog versteht man ein Dreiertreffen zwischen den in den gesetzgebenden Prozess der EU involvierten Institutionen – der Europäischen Kommission, Vertretern der Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament.
- <sup>16</sup> [http://www.europarl.europa.eu/code/information/guide\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/code/information/guide_de.pdf), Stand: 1.12.2014.
- <sup>17</sup> <http://www.ombudsman.europa.eu/de/press/release.faces/de/59975/html.bookmark>, Stand: 25.5.2015.